

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002634/2018
an die Kommission**

Artikel 130 der Geschäftsordnung

Isabella De Monte (S&D), Alojz Peterle (PPE), Nedzhmi Ali (ALDE), Ernest Urtasun (Verts/ALE), György Hölvényi (PPE), Yana Toom (ALDE), Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), Ivo Vajgl (ALDE), Marek Plura (PPE), Andrejs Mamikins (S&D), Csaba Sógor (PPE) und Franz Obermayr (ENF)

Betrifft: Schutz von Minderheitensprachen in Europa

Der Schutz der zahlreichen Minderheitensprachen in Europa muss auch künftig zu den Prioritäten der Europäischen Union zählen. Die EU hat sich stets für die Verbesserung der Lage der Minderheitensprachen eingesetzt, auch durch die Unterstützung der Bürgerinitiative Minority SafePack, die das Ziel verfolgt, dass unionsweit geltende Rechtsnormen für den Schutz ethnischer und sprachlicher Minderheiten eingeführt werden.

So gibt es beispielsweise in Italien drei offiziell anerkannte Minderheiten: die deutschsprachige, die französischsprachige und die slowenischsprachige Minderheit.

Das rechtsverbindliche Instrument für den Schutz und die Förderung der geschichtlich gewachsenen Regional- und Minderheitensprachen in Europa ist die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. Gemeinsam mit dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, mit dem die Rechte der Angehörigen einer nationalen Minderheit geschützt werden sollen, verkörpert die Charta die Verpflichtung Europas zum Schutz nationaler Minderheiten.

Regional- und Minderheitensprachen gehören zum Kulturerbe Europas. Ihre Erhaltung ist ein wesentlicher Beitrag zum europäischen Aufbauwerk, das sich auf die Grundsätze der Demokratie und der kulturellen Vielfalt stützt.

Sprache ist ein Werkzeug, mit dem Identität und Kultur zum Ausdruck kommen, doch die Sprachenvielfalt ist und bleibt eine Herausforderung. Es gilt, angemessen gegen die Ausgrenzung benachteiligter Sprachgemeinschaften, zu denen auch die Romani-Sprachgemeinschaft zählt, vorzugehen.

Mit welchen zusätzlichen Maßnahmen beabsichtigt die Kommission, sprachliche Minderheiten in Europa zu schützen?